

**Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Die Ministerin



Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

26. September 2022

Seite 1 von 1

MKJFGFI Nordrhein-Westfalen 40190 Düsseldorf

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herr André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40211 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/204

A19

Dr. Edgar Voß
Telefon 0211 837-2370
Telefax 0211 837-2200
Edgar.voss@mkjfgfi.nrw.de

Sitzung des Integrationsausschusses am 21.09.2022

Vorstellung der politischen Schwerpunkte der 18. WP

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

wie in der o. g. Ausschusssitzung zugesagt, übersende ich hiermit zur
Information der Ausschussmitglieder den beiliegenden Sprechzettel.

Mit freundlichen Grüßen

Josefine Paul

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 837-2000
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mkjfgfi.nrw.de
www.mkffi.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien
706, 709 (Haltestelle Stadttor)
707 (Haltestelle Wupperstraße)

Mündlicher Bericht der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration

Vorstellung der politischen Schwerpunkte der 18. WP

Sitzung des Integrationsausschusses vom 21.9.2022

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren,

15. März 2011. 15. August 2021. 24. Februar 2022. Daten an denen die Welt morgens eine andere war, als am Tag zuvor. Es sind die Daten des Ausbruchs des Bürgerkriegs in Syrien, der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan und des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine. Dies sind nur drei Beispiele, von beinahe unzähligen Ereignissen, die die Welt verändert haben. Für Millionen Menschen, deren Zuhause zerstört wurde. Die Geschwister, Töchter und Söhne, Eltern und Freund:innen verloren haben. Die verfolgt und bedroht werden, von Krieg, Folter und Terror und die keine Sicherheit mehr finden und diese nun woanders suchen. Auch bei uns in Nordrhein-Westfalen.

Seit Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben weit über 200.000 aus der Ukraine geflüchtete Menschen Schutz in Nordrhein-Westfalen gefunden. Unter ihnen sind überwiegend Frauen und minderjährige Kinder und Jugendliche. 25.668 Asylsuchende wurden in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen bereits (Stand: 31.08.2022) erfasst – prognostisch erwarten wir somit einen Zugang, der über dem Niveau des Jahres 2017 liegen wird. Die meisten Schutzsuchenden stammen auch weiterhin aus Syrien, Afghanistan, Irak.

Mein Dank geht an die Kommunen, die Flüchtlingsverbände und die vielen Freiwilligen der Zivilgesellschaft, die ermöglichen, dass diese Menschen hier Sicherheit finden. Und mein Dank geht an die demokratischen Fraktionen hier im Haus.

Es ist ein überaus kostbares Gut, dass seit über zwanzig Jahren alle demokratischen Parteien im Landtag gemeinsam daran arbeiten, Nordrhein-Westfalen zu einem besseren Einwanderungsland zu machen.

Ob es um besseren Flüchtlingsschutz, die Europäische Freizügigkeit oder um Erwerbsmigration geht: Uns Demokraten hat immer ausgezeichnet, dass wir zusammen gestanden haben gegen Diskriminierung, Hass und Hetze. Gemeinsam haben wir versucht, das Leben aller Menschen in Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Unabhängig

von Herkunft, Religion, kulturellem Hintergrund oder sexueller Orientierung. Denen, die Spaltung wollen, setzen wir den Konsens der Demokraten entgegen. Chancengerechtigkeit, Menschenrechte und gelebte Humanität stehen auch im Mittelpunkt unserer Integrations-, Migrations- und Flüchtlingspolitik. Aufbauen können wir dabei auf dem bewährten nordrhein-westfälischen Integrationskonsens.

Unsere gemeinsame Bereitschaft zur Aufnahme geflüchteter Menschen ändert nichts daran: Der Aufnahmedruck ist hoch, die Situation ist herausfordernd. Viele Kommunen berichten über schwindende oder ausgelastete Aufnahmekapazitäten. Niemand kann das weitere Zugangsgeschehen sicher voraussagen. Es wird maßgeblich vom weiteren Kriegsverlauf in der Ukraine beeinflusst werden. Niemand kann voraussehen, wieviel Leid Vladimir Putin noch über die Ukraine bringen wird. Daher müssen wir alle – Bund, Land und Kommunen – gleichermaßen Vorsorge treffen, um den Schutzsuchenden ein sicheres Ankommen zu ermöglichen.

Das Land leistet seinen Anteil daran und wird dies weiterhin tun. Wir stehen mit den Kommunen kontinuierlich im Austausch und haben mit ihnen gemeinsam eine Lösung gefunden, durch die die ukrainischen Geflüchteten auch weiterhin in der Verteilstatistik nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz erfasst werden können. So erkennen wir hohe Belastungen und können weitere Geflüchtete zielgerichtet in weniger stark belastete Kommunen zuweisen.

Verteilgerechtigkeit ist uns auch auf Bundesebene ein Kernanliegen. Die Lage in Nordrhein-Westfalen hatte sich in den letzten Wochen insbesondere dadurch verschärft, dass sich einige Länder trotz bestehender Unterquote für eine Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine haben sperren lassen und Geflüchtete nach Nordrhein-Westfalen weitergeschickt werden. Diesbezüglich ist aktuell bereits eine leichte Verbesserung der Situation erkennbar. Seit dieser Woche sind keine Länder mehr für eine Verteilung im System FREE gesperrt.

Wichtig ist nun, dass der Bund hier seiner Steuerungsfunktion gerecht wird. Nur gemeinsam können wir mit Bund, Ländern und Kommunen den Menschen, die vor Krieg und Gewalt Zuflucht bei uns suchen, ein gutes Ankommen ermöglichen. Dazu werden wir auch unseren Anteil leisten und haben dafür unsere Aufnahmekapazitäten erweitert.

Wir verfügen aktuell über eine belegbare Gesamtkapazität von ca. 24.000 Plätzen. Für die Geflüchteten aus der Ukraine haben wir unsere Kapazitäten auf mehr als 4000 Plätze gesteigert und eigens Notunterkünfte errichtet, die wir auch über die Herbst- und Wintermonate in Betrieb halten. Hierüber entlasten wir die Kommunen („Puffer“) und können Schutzsuchende verteilungsgerecht in aufnahmepflichtige Kommunen zuweisen. Wir arbeiten daran, unsere Kapazitäten kurzfristig und signifikant weiter zu erhöhen. Es kann dabei aber nie bloß um Aufnahme gehen, wir werden auch die Unterbringungsstandards und die Stärkung des Gewaltschutzes in den Landeseinrichtungen zur Aufnahme von Geflüchteten in den Mittelpunkt rücken.

Auch wenn Nordrhein-Westfalen hier mit einem strukturierten und an einheitlichen Standards ausgerichteten Vergabeverfahren zu den Themen Betreuung und Sicherheit sowie mit dem Landesgewaltschutzkonzept NRW bereits gut aufgestellt ist, bedarf es doch mit Blick auf eine humanitäre und sichere Unterbringung der Geflüchteten einer fortwährenden Überprüfung, ob und in welcher Form weitere Verbesserungen geboten sind.

Federführend im Gesundheitsministerium werden wir Anreize schaffen, damit die elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete in allen Kommunen eingeführt wird. Psychosoziale Zentren und psychosoziale Beratung wollen wir ertüchtigen, und mehr Menschen den Zugang zu psychotherapeutischen Leistungen ermöglichen. Mit den bestehenden Beratungsangeboten der Clearingstellen und der Einführung eines anonymen Krankenscheins sichern wir die medizinische Versorgung von Menschen ohne definierten Aufenthaltsstatus.

Gemeinsam werden wir das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft umfassend modernisieren: Sei es beim erweiterten Zugang zu Integrationskursen, Basis- und berufsspezifischen Sprachkursen, bei der Erleichterung und Beschleunigung von Einbürgerungen oder bei Bleiberechten wie dem neuen Chancen-Aufenthaltsrecht. Hierzu habe ich bereits einen Vorgriffs-Erlass für Nordrhein-Westfalen herausgegeben, damit nicht diejenigen, die vom Chancen-Aufenthaltsrecht profitieren werden, noch in letzter Minute abgeschoben werden. Wir werden auch in Zukunft alle humanitären und aufenthaltssichernden Bleiberechtsregelungen vollständig ausschöpfen, damit gut integrierte geduldete Geflüchtete eine Bleibeperspektive erhalten. Und wer schon lange hier lebt, dem wollen wir durch beschleunigte und erleichterte Verfahren den Weg zur Einbürgerung bahnen. Darin liegen nicht nur Chancen für die Menschen, die längst Teil unserer Gesellschaft geworden sind, sondern auch für unsere Gesellschaft, die Fachkräfte so dringend braucht. NRW ist ein Einwanderungsland und die Vielfalt, auch und gerade derer, die zu uns gekommen sind, machen unser Land aus und sie machen unser Land stark.

Wir wollen in unserem Ministerium eine Politik der Beteiligung und des Dialogs leben. Wir werden uns auch weiterhin vom Beirat der Landesregierung für Teilhabe und Integration beraten lassen. Klar ist auch, wir setzen auf den konstruktiven Austausch mit dem Landesintegrationsrat, der Antisemitismusbeauftragten und dem Beauftragten für Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler.

Ich werde auch die jährlichen Gespräche mit den kommunalen Ausländerbehörden fortführen. Denn sie sind wichtige Partner:innen für eine moderne Integrations- und Migrationspolitik in unserem Land. Wir wissen um die angespannte Personalsituation in vielen Ausländerbehörden und unterstützen die Kommunen auch weiterhin über landesfinanzierte Fortbildungsangebote sowie eine fortgeschriebene Erlasslage zur Unterstützung der bestehenden ausländer- und aufenthaltsrechtlichen Gesetzgebung.

Mein Ziel ist es, dass in den Kommunen die Einbürgerungs- und Ausländerbehörden mit denjenigen, die sich in der Integration engagieren, genauso Hand in Hand zusammenarbeiten, wie die Abteilungen „Flucht“ und „Integration“ in meinem Ministerium.

Wir werden unsere einzigartige Integrationsinfrastruktur in den Kommunen weiter ausbauen und vernetzen und das Kommunale Integrationsmanagement weiterentwickeln. Wir setzen auch weiterhin auf die Kommunalen Integrationszentren, die Integrationsagenturen, die Migrant:innenselbstorganisationen und das Ehrenamtsprogramm KOMM-AN als tragende Pfeiler der wichtigen Integrationsarbeit in den Kommunen. Deswegen habe ich auch bereits im Juli zusammen mit Staatssekretär Lorenz Bahr drei dieser Partner in Dortmund besucht. Was das Kommunale Integrationszentrum, die Migrant:innenselbstorganisation oder kurz MSO „Train of Hope“ und der Verbund sozialer kultureller Migrant:innenvereine in Dortmund dort leisten, hat mich tief beeindruckt und steht für mich stellvertretend für die vielen Beiträge vor Ort, mit denen die Integration in unserem Land steht und fällt.

Den Dialog mit den muslimischen Verbänden werden wir fortführen, den islamischen Religionsunterricht ausbauen und an ihm auch progressivere Verbände beteiligen. Wir werden mehr deutschsprachige, von ausländischen Regierungen unabhängige Imame an unseren Universitäten ausbilden.

Gemeinsam haben wir in der vergangenen Legislaturperiode das Teilhabe- und Integrationsgesetz novelliert - und damit die gesetzliche Grundlage für unser Handeln modernisiert. Ich nenne auch die Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030, die wir weiterentwickeln und mit neuen Akzenten versehen werden. Das Bemühen um Zusammenarbeit und Verständigung in der Integrationspolitik hat unserem Land gutgetan. Und dafür danke ich auch meinem Vorgänger, Joachim Stamp, der den Integrationskonsens immer hochgehalten hat. Diesen Konsens wollen auch wir hegen, pflegen und bewahren. Und deshalb lade auch ich Sie heute wieder ein, wie es alle Landesregierungen seit 2001 getan haben, gemeinsam mit mir an einem noch besseren Einwanderungs- und Integrationsland NRW zu arbeiten. Diese Einladung gilt natürlich besonders Ihnen hier in diesem Ausschuss, aber auch den Kommunen, der freien Wohlfahrtspflege, den Migrant:innenselbstorganisationen und allen, die sich für Migration und Integration engagieren.

Wir in Nordrhein-Westfalen sind vielfältig und verschieden – und dabei gleich an Rechten und Würde. Bei uns sollen alle ohne Angst verschieden sein und sich frei entfalten können. Vielfalt ist Bereicherung, daher wollen wir allen faire Chancen eröffnen, um voneinander zu lernen, zu wachsen und gemeinsam neue Wege zu gehen. Wer hier lebt, soll auch das Recht haben, unsere Gesellschaft mitzugestalten und mitzuentcheiden. Wir wollen auch der Vielfalt innerhalb der Einwanderungscommunity gerecht werden, etwa durch zielgerichtete Angebote für Frauen sowie LSBTIQ*-Menschen,

und in der allgemeinen Integrationsarbeit stärker für die Akzeptanz des Selbstbestimmungsrechtes jedes Einzelnen werben, auch in, aber nicht nur begrenzt auf Rechtskurse. Das ganzheitliche Handlungskonzept gegen den gewaltbereiten, verfassungsfeindlichen Salafismus werden wir mit einem Schwerpunkt auf Mädchen und Frauen weiterentwickeln.

Wir haben uns für die neue Legislaturperiode viel vorgenommen, um den Abbau von Diskriminierung in unserer Gesellschaft voranzutreiben. Die vorhandenen Maßnahmen zur Demokratieförderung, Antidiskriminierung und Extremismusprävention werden wir verstärken, bündeln und vernetzen. Wir halten am Plan der vorausgegangen Landesregierung fest und richten neben der bereits bestehenden Recherche- und Informationsstelle für Antisemitismus vier weitere gegen Fälle von antimuslimischem Rassismus, Antiziganismus, Queerfeindlichkeit sowie anti-Schwarzer, antiasiatischer und weiterer Formen von Rassismus ein. Wir erwarten uns davon wertvolle Rückschlüsse für wirksame Prävention und Intervention. Zusätzlich werden wir eine neue Landesantidiskriminierungsstelle aufbauen, bei der man gegen Diskriminierungserfahrungen im direkten Zuständigkeitsbereich des Landes, also z. B. in der Schule oder bei der Polizei, vorgehen kann.

Das große legislative Vorhaben in dieser Legislaturperiode wird ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz sein. Damit werden wir bestehende Schutzlücken im „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes“ (AGG) schließen und dafür sorgen, dass sich Betroffene wirksam rechtlich gegen Diskriminierung wehren können.

An Zuwanderung hängen auch qualifizierte Arbeitsplätze und unser Wohlstand! Wir wollen unter der Marke „Neue Chancen NRW“ eine breit angelegte Arbeits- und Fachkräfteoffensive starten und bessere Bedingungen für die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse schaffen. Dabei nehmen wir die Pflege, die frühkindliche Bildung, das Bildungswesen insgesamt sowie die Planungs- und Bauwirtschaft besonders in den Blick. Gleichzeitig werden wir konsequent jede Form von Arbeitsausbeutung und Menschenhandel wirksam bekämpfen. Wir werden die interkulturelle Öffnung in den Behörden, Betrieben und Ausbildungsstätten vorantreiben, diskriminierungsfreie und diversitätsbewusste Bewerbungsverfahren für den Öffentlichen Dienst einführen und aufbauend auf der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ gezielte Qualifizierungsmaßnahmen für eine bessere Arbeitsmarktintegration entwickeln. Zudem werden wir mit Programmen wie „NRWege“ Geflüchtete fit machen fürs Studium.

Das Wirtschaftsministerium wird ein eigenes Programm für Gründerinnen und Gründern mit Einwanderungsgeschichte auflegen. Die Bildungs- und Arbeitsmarktintegration der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger aus Südosteuropa werden wir durch Verstärkung der bestehenden Förderprogramme verbessern.

Grundvoraussetzung für jede Form inklusiver Teilhabe ist es jedoch, dass wir einander verstehen können. Deswegen wollen wir neben dem Erwerb der deutschen Sprache auch die Mehrsprachigkeit stärker fördern. Wir werden alle Verwaltungsangebote, analog und digital, mehrsprachig anbieten und verstärkt ehrenamtliche Sprachmittler, professioneller Dolmetscher und gegebenenfalls auch Künstliche Intelligenz einsetzen.

Das Erlernen von Erst- und Herkunftssprache wollen wir möglichst früh in Schulen und Kindertagesstätten ermöglichen, und Mehrsprachigkeit auch in der Lehrerfortbildung noch stärker verankern. Denn wir verstehen Mehrsprachigkeit auch als Chance und Potenzial für unsere ganze Gesellschaft.

Das ist unser Plan für Chancengerechtigkeit, Menschenrechte und gelebte Humanität für unser Land. Lassen Sie uns gemeinsam unser weltoffenes Einwanderungsland immer weiter verbessern! Ich bin überzeugt: Wenn wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen, dann wird Nordrhein-Westfalen weiterhin Vorbild für eine progressive Migrations- und Integrationspolitik in ganz Deutschland sein.

Zum Schluss möchte ich noch Dank sagen, all denjenigen, die sich haupt- oder ehrenamtlich mit viel Herzblut für unser Zusammenleben in Vielfalt engagieren. Sie

In der Krise zeigt sich, wer wir sind. Und gerade in der Pandemie und bei der Aufnahme der Geflüchteten haben Sie erneut Außergewöhnliches geleistet.

Die Welt ist für viele Menschen eine andere geworden. Sie haben mit Ihrem Einsatz dafür gesorgt, dass einige dieser Menschen sich hier eine neue aufbauen können.

Es hat mich auch persönlich sehr berührt, zu sehen, wie viele Bürgerinnen und Bürger sich leidenschaftlich für Menschen einsetzen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen.

Dafür gilt Ihnen der besondere Dank dieser Landesregierung und der Menschen in unserem Land. Nordrhein-Westfalen wäre ärmer ohne ihr Engagement!

Herzlichen Dank!